

Erneuerbare werden ausgebremst

Energieexpertin Claudia Kemfert sieht die Klimaschutzziele durch die Ökostrom-Reform in Gefahr



Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Umwelt und Verkehr am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Mit ihr sprach Simon Poelchau über die Auswirkungen der anstehenden Ökostrom-Reform auf die Branche der Erneuerbaren.

Foto: Daniel Morsey

Am Freitag will die schwarz-rote Bundesregierung im Bundestag die Reform des EEG beschließen. Für den Bundesverband Erneuerbare Energie bildet die EEG-Novelle den stärksten Rückschlag für die Energiewende seit der vorübergehenden Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke im Jahr 2010. Ist der Alarmismus der Ökostromlobbyisten gerechtfertigt?

Sie ist aus Sicht der Branche nachvollziehbar, da man nun eine gezielte Mengensteuerung vornimmt und ja auch zum Ziel hat, den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich zu begrenzen. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die Ausbauziele bei Ausschreibungen sehr häufig nicht erreicht werden. Dies würde für Deutschland bedeuten, dass die Energiewende deutlich ausgebremst wird. Dies geht zu Lasten der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung und der Beschäftigten vor allem der Branche der erneuerbaren Energien.

Befürworter der Novelle geben an, dass der Ausbau der Übertragungsnetze nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren mithalten kann. Schreitet die Energiewende also zu schnell voran?

Nein, da die erneuerbaren Energien nicht zu schnell, sondern wie geplant ausgebaut und genutzt werden. Es gibt keinen Netzengpass, der eine Begrenzung des Ausbaus der erneuerbaren Energien rechtfertigen würde. Es gibt in Deutschland allerdings noch immer einen hohen Anteil von konventionellem Strom. Vor allem der hohe Anteil von Kohlestrom benötigt viele Kapazitäten in den Stromnetzen, da die Kraftwerksleistungen bei wachsenden Anteilen erneuerbarer Energien nicht in ausreichendem Maße reduziert werden. Mehr Stromleitungen nützen somit vor allem Kohlekraftwerken. Dies bestätigen übrigens alle wissenschaftlichen Studien, nicht nur unsere.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will mit der Reform die Erneuerbaren stärker in den Strommarkt integrieren. Sind Technologien wie Solarenergie und Windkraft mittlerweile ausgereift genug, um gegen die Kräfte des freien Marktes bestehen zu können?

Die Kosten der erneuerbaren Energien, allen voran Windenergie und

Solarenergie, sind immer weiter gesunken, zudem sind sie technisch ausgereift. Sie sind oftmals die preiswertere Möglichkeit, Strom zu erzeugen. Global wird mittlerweile mehr Geld in erneuerbare als in konventionelle Energien investiert. Somit sind sie durchaus marktreif. Solange jedoch konventionelle Energien bevorzugt werden und die Rahmenbedingungen nicht so angepasst werden, dass sich alle erneuerbare Energien samt Energiemanagement und mittelfristig Speicher rechnen, wird der sogenannte Markt erneuerbarer Technologien eher verdrängt. Es muss faire Marktbedingungen geben, die den Umstieg hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ermöglichen.

Gleichzeitig will die Bundesregierung den Anteil der Erneuerbaren beim Stromverbrauch bis 2025 auf bis zu 45 Prozent steigern. Denken Sie, dass dies mit der jetzigen Novelle machbar ist?

Es wird schwer, da – wie man aus anderen Ländern weiß – die Ausschreibungen kein Garant zum Erreichen der Ausbauziele sind. Das Bundeswirtschaftsministerium rechnet selbst damit, dass mindestens zehn Prozent der ausgeschriebenen Menge nicht realisiert werden. Somit müsste man die Ausbauziele deutlich anheben, um die Ziele wirklich zu erfüllen.

Müsste das Ziel aus klimapolitischer Perspektive nicht wesentlich ambitionierter sein? Und wäre auch nicht technisch mehr drin?

Die Klimaziele wird man aus unterschiedlichen Gründen nicht erreichen können. Einerseits wird die EEG-Novelle eher ein Ausbremsen der erneuerbaren Energien zur Folge haben, was in der Tat nicht notwendig wäre, da man technisch sehr viel mehr schaffen könnte. Andererseits ist die Energiewende mehr als nur eine Stromwende, wir benötigen auch eine Verkehrs- und Wärmewende. Die Energiewende bietet enorme wirtschaftliche Chancen, die man so ungenutzt lässt.

Kritiker der Reform warnen vor einem Rückgang der Akteursvielfalt. Wird der Wechsel zum Ausschreibungsmodell tatsächlich Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften vom Markt verdrängen?

nehmer sich am Donnerstagnachmittag zur konstituierenden Sitzung trafen. Die im September 2015 in den USA in Gang gekommene Affäre wird die deutsche Politik somit bis in den Sommer 2017 begleiten. Die Koalition aus Union und SPD hätte den Ausschuss gern verhindert, konnte den Antrag von Grünen und Linkspartei aber nicht blockieren. Im September beginnt die inhaltliche Arbeit. Der Untersuchungsauftrag dreht sich weniger um die Machenschaften von VW und anderer Autohersteller als darum, was die Regierung wann über die Abgas-Manipulationen von VW-Dieselfahrzeugen wusste, was sie dagegen (nicht) unternommen und wie sie die Öffentlichkeit unterrichtet hat. Das Gremium wolle Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) und VW-Manager vernehmen, kündigte Ausschussmitglied Dirk Wiese (SPD) an. Es müsse »dringend geklärt werden, wie das jahrelange Wegschauern der zuständigen Ministerien



Foto: photocase/spacejunkie

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen eindeutig, dass große Anbieter strategische Vorteile haben, da sie finanzstärker sind und sich im Wettbewerb eher behaupten können. Ein wesentlicher Baustein der bisherigen Energiewende war ja gerade die Akteursvielfalt mit vielen Energiegenossenschaften und Bürgerenergien. Die Bundesregierung hat zugegeben, dass die Akteursvielfalt mit Aus-

schreibungen vermindert wird und nun Vorgaben erlassen, damit Bürgerenergien nicht benachteiligt werden. Es wird nicht leichter für kleinere Anbieter, sie sind eindeutig die Verlierer der Reform.

Machen Ausschreibungen die Energiewende dann wenigstens billiger? Leider nein. Zwar bekommt man Kostentransparenz und der preis-

werteste Anbieter bekommt wohl den Zuschlag, aber es entstehen weitere Kosten wie Transaktions-, Finanzierungskosten oder Kosten durch mögliche Strafzahlungen, die eingepreist werden. Für die Verbraucher wird es ohnehin teurer, da man weitere Kostentreiber beschlossenen hat wie Kohle-»Abwrack«-Subventionen oder einen überdimensionierten Netzausbau.

Die Grundrichtung bleibt

Schwarz-Rot deckelt zu Lasten der Bürgerenergie den Ausbau von Wind an Land

Knapp 400 Seiten lang ist der Entwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), über den der Bundestag diesen Freitag abstimmen soll. Noch ein paar Seiten mehr zu lesen bekamen die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses am Mittwoch. Die Koalition hatte kurz vor knapp einen 412 Seiten umfassenden Änderungsantrag eingebracht. 20 Minuten hatten die Ausschussmitglieder Zeit zum Lesen dieses Wälzlers.

Kein Wunder, dass der Aufschrei in der Opposition groß war. Grundlegende demokratische Prinzipien trete die Bundesregierung mit den Füßen, wenn »die wichtigste EEG-Reform den VertreterInnen der Opposition fünf vor zwölf als Tischvorlage zur Prüfung und Abstimmung vorgelegt wird«, schimpfte die energiepolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva Bulling-Schröter. »Das

ist eine grobe Missachtung des Parlaments«, meinte ihr Pendant bei den Grünen, Julia Verlinden.

Auch wenn Schwarz-Rot an vielen Details noch mal geschraubt hat – die grobe Richtung der Reform bleibt bestehen. Zwar erhalten Bürgergenossenschaften nun einen kleinen Bonus, wenn sie eine Ausschreibung für eine neue Ökostromanlage gewinnen. Doch bleiben sie im Großen und Ganzen die Verlierer. Denn nach der Solar- soll künftig auch die Windenergie an Land über Ausschreibungen gefördert werden. Solche Auktionen sind teuer, weshalb große Konzerne klar im Vorteil sind.

So will die Bundesregierung den Zubau von Windkraftanlagen an Land von 2017 bis 2019 auf jährlich 2800 Megawatt brutto pro Jahr begrenzen. Zum Vergleich: 2015 wurden rund 3700 Megawatt neu errichtet. spo

Bundestag schnüffelt an der Abgasaffäre

Untersuchungsausschuss nahm Arbeit auf – er soll aufklären, warum Regierung und Behörden die Autoindustrie lange Jahre gewähren ließen

Die Diesellaffäre von VW und anderen Autobauern wird zum Politikum. Am Donnerstag nahm ein Untersuchungsausschuss des Bundestags seine Arbeit auf.

Von Stefan Uhlmann und Kurt Stenger

Die schlechten Nachrichten reißen für Volkswagen nicht ab. Vor zwei Wochen leitete die Staatsanwaltschaft Braunschweig wegen der Diesellaffäre Ermittlungen gegen Ex-Boss Martin Winterkorn und VW-Markenchef Herbert Diess ein. Im Juni brachen in den USA die Absätze der Autos mit VW-Logo im Vergleich zum Vorjahresmonat um 22 Prozent ein. In Deutschland verklagte mit dem Fischhändler Deutsche See der erste Großkunde VW wegen arglistiger Täuschung.

Wie es zu den Manipulationen kommen konnte, ist bis heute nicht lückenlos aufgeklärt. Licht ins Dunkel bringen soll ein Untersuchungsausschuss des Bundestags, dessen Teil-

nehmer sich am Donnerstagnachmittag zur konstituierenden Sitzung trafen. Die im September 2015 in den USA in Gang gekommene Affäre wird die deutsche Politik somit bis in den Sommer 2017 begleiten. Die Koalition aus Union und SPD hätte den Ausschuss gern verhindert, konnte den Antrag von Grünen und Linkspartei aber nicht blockieren. Im September beginnt die inhaltliche Arbeit. Der Untersuchungsauftrag dreht sich weniger um die Machenschaften von VW und anderer Autohersteller als darum, was die Regierung wann über die Abgas-Manipulationen von VW-Dieselfahrzeugen wusste, was sie dagegen (nicht) unternommen und wie sie die Öffentlichkeit unterrichtet hat. Das Gremium wolle Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) und VW-Manager vernehmen, kündigte Ausschussmitglied Dirk Wiese (SPD) an. Es müsse »dringend geklärt werden, wie das jahrelange Wegschauern der zuständigen Ministerien

und deren nachgeordneten Behörden zustande kam«, erklärte vor der Sitzung der Ausschussvorsitzende Herbert Behrens (LINKE). Die Öffentlichkeit habe einen Anspruch darauf zu erfahren, ob es eine »Kumpanei« zwischen Wirtschaft und Politik zwischen der Gesundheit der Bürger gegeben habe. CDU/CSU wirft der Opposition hingegen vor, die ganze Autobranche in Misskredit zu bringen. Am Ende soll der Ausschuss klären, ob in Deutschland und der EU strengere Regeln notwendig sind. Dieselfahrer in Europa können nur staunen, wenn sie in die USA schauen. Dort kauft VW manipulierte Wagen zurück oder zahlt rund 5000 Dollar Entschädigung. Zusammen mit den Strafen der staatlichen Behörden kostet das den Konzern rund 15 Milliarden Dollar. Damit sind die Rückstellungen des Konzerns für die Affäre fast aufgebraucht.

Für Deutschland und Europa bleibt da nicht mehr viel übrig – hier bietet

und deren nachgeordneten Behörden zustande kam«, erklärte vor der Sitzung der Ausschussvorsitzende Herbert Behrens (LINKE). Die Öffentlichkeit habe einen Anspruch darauf zu erfahren, ob es eine »Kumpanei« zwischen Wirtschaft und Politik zwischen der Gesundheit der Bürger gegeben habe. CDU/CSU wirft der Opposition hingegen vor, die ganze Autobranche in Misskredit zu bringen. Am Ende soll der Ausschuss klären, ob in Deutschland und der EU strengere Regeln notwendig sind. Dieselfahrer in Europa können nur staunen, wenn sie in die USA schauen. Dort kauft VW manipulierte Wagen zurück oder zahlt rund 5000 Dollar Entschädigung. Zusammen mit den Strafen der staatlichen Behörden kostet das den Konzern rund 15 Milliarden Dollar. Damit sind die Rückstellungen des Konzerns für die Affäre fast aufgebraucht.

Für Deutschland und Europa bleibt da nicht mehr viel übrig – hier bietet

VW den Kunden nur eine Umrüstung der Motoren an. Konzernlenker Matthias Müller warnte eindringlich, Entschädigungen wie in den USA würden Volkswagen überfordern. Das Bundesverkehrsministerium gab bereits Entwarnung: Bußgelder werde es nicht geben, es reiche aus, wenn die Hersteller die Autos auf eigene Kosten nachrüsten. Neben VW steht mindestens auch Opel in Verdacht, einige Modelle mit Schummelsoftware ausgestattet zu haben.

Die Verflechtungen zwischen der deutschen Politik und der Autoindustrie sind eng. Die Branche hat einflussreiche Lobbyisten. Der Hauptstadvertreter von Daimler, Eckhard von Kläden, war zuvor Staatsminister im Kanzleramt und ein Vertrauter von Angela Merkel. Opel-Cheflobbyist Joachim Koschnicke war in der CDU-Zentrale einst für strategische Planung zuständig. Chef des Automobilverbandes VDA ist Matthias Wissmann, ein früherer CDU-Bun-

desverkehrsminister. Bei VW geht zudem ohne den niedersächsischen Ministerpräsidenten wenig, den derzeit die SPD stellt. Der Besuch der Automesse IAA ist für jeden Kanzler ein Pflichttermin. Und in Brüssel bremst die Berliner Regierung oft mit Erfolg, wenn es um strengere Verbrauchs- und Emissionswerte geht.

Wissmann gab sich am Montag bei der Vorstellung der Halbjahresbilanz seines Verbandes reumütig, ein bisschen jedenfals. Die »erheblichen Kratzer« am Image habe sich die Branche zum Teil selbst zuzuschreiben. »Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim. Hier wurde der Bogen in manchen Fällen überspannt«, räumte der VDA-Präsident ein. Ein Grund seien aber die zu großen Interpretationsspielräume für die Hersteller.

Für den Dieselmotor läuft es trotz allem prächtig in Deutschland. Im ersten Halbjahr wurden 812 000 Pkw mit dem Selbstzünder neu zugelassen, mehr als je zuvor.

NACHRICHTEN

Rückgang beim Rückgang der Arbeitslosigkeit

Berlin. Nach jahrelangem Rückgang wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach einer Prognose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bald nicht weiter sinken. Der kontinuierliche Rückgang der Arbeitslosenquote in Deutschland werde mit einer Stabilisierung in der zweiten Jahreshälfte und dann 2017 vorläufig zu Ende kommen, heißt es im OECD-Beschäftigungsausblick, der am Donnerstag in Berlin veröffentlichte wurde. Hauptgrund sei der Eintritt der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt. Viele von ihnen wären voraussichtlich zunächst arbeitslos. dpa/nd Kommentar Seite 4

Sinkende Zahl der Zwangsversteigerungen

Ratingen. Die Zahl der Zwangsversteigerungen von Immobilien ist in Deutschland im ersten Halbjahr 2016 weiter gesunken. Insgesamt seien zwischen Januar und Juni rund 17 000 Gerichtstermine angesetzt worden, 3500 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, teilte der Fachverlag Argetra aus Ratingen bei Düsseldorf mit. Die gutachterlich festgestellten Verkehrswerte der zwangsversteigerten Immobilien bezifferten die Experten auf 2,69 Milliarden Euro. Im Vorjahreszeitraum hatte der Wert noch bei 3,37 Milliarden Euro gelegen. dpa/nd

Chinesischer Investor hat fast 60 Prozent an Kuka

Augsburg. Nach Übernahme der Aktien von zwei deutschen Großaktionären hat der chinesische Investor Midea die absolute Mehrheit beim Roboterhersteller Kuka bereits deutlich überschritten. Wie der Hausgeräte-Hersteller aus China am Donnerstag berichtete, hält Midea inzwischen 57,3 Prozent an Kuka. Midea bietet den anderen Eignern des Augsburger Unternehmens 115 Euro pro Aktie. Bis Ende der kommenden Woche können die Aktionäre das Angebot noch annehmen. dpa/nd

Familienunternehmen oft ohne Mitbestimmung

Berlin. Bei rund der Hälfte der 50 größten deutschen Familienunternehmen haben die Beschäftigten nicht die Mitbestimmungsmöglichkeiten, die für Unternehmen dieser Größe eigentlich vorgesehen sind. Insbesondere mittelgroße familiengeführte Firmen sowie Handelskonzerne nutzen Gesetzeslücken aus, um die Mitbestimmung im Aufsichtsrat zu vermeiden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung. Wie die Familienstreitigkeiten bei Aldi Nord zeigen, gehen mitbestimmungsvermeidende Unternehmen erhebliche Risiken für ihre Stabilität ein, so die Experten. nd

Licht und Schatten in Griechenland

Athen. Die Arbeitslosigkeit ist in Griechenland im April auf 23,3 Prozent zurückgegangen. Das ist der niedrigste Stand für diesen Monat seit vier Jahren. Im Vorjahreszeitraum hatte die Quote noch bei 25,3 Prozent gelegen. Wie die griechische Statistikbehörde Elstat am Donnerstag weiter mitteilte, ist auch die Jugendarbeitslosigkeit deutlich vom Höchststand seit Ausbruch der Finanzkrise von 59,7 Prozent (April 2013) auf 47,4 Prozent zurückgegangen. Die Rückgänge führt die griechische Finanzpresse auf die gute Tourismus-Saison zurück.

Gleichzeitig teilte das Finanzministerium mit, der griechische Staat schulde Gläubigern im eigenen Land mehr als 5,5 Milliarden Euro. Dabei handle es sich hauptsächlich um Schulden bei den Renten- und Krankenkassen sowie des Gesundheitssystems bei Lieferanten. Zudem stünden Steuererrückzahlungen Athens an griechische Bürger in Höhe von knapp 1,3 Milliarden Euro offen. dpa/nd